

Warum kann die “Reformindustrie” nicht ihre Fehler einräumen?

Category: Blog

geschrieben von Gastautor | 4. September 2022





Peter Greene, Lehrer, Autor des Diane Ravitch-Blog:
Bemerkenswerte Einsichten, aber nicht konsequent.

Mike Petrilli, Mitglied des reformorientierten Thomas Fordham Institute, hat in einem gerade veröffentlichten Beitrag den aktuellen Stand der Bildungsreform analysiert (anscheinend sind viele von uns gerade in dieser Stimmung), und es lohnt sich, zu erfahren, was der Mann, der eine grosse Adresse eines jeden Bildungsreporters ist, über den Zustand der «Reformbewegung» denkt.

In "The Evolving Education Reform Agenda" beginnt Petrilli mit seinem früheren Argument, dass der "Washington Consensus"¹ zwar tot ist, die Bildungsreform selbst aber nicht. Dies weist auf eine der Herausforderungen hin, mit denen die Bildungsreformen heutzutage konfrontiert sind, nämlich dass niemand mehr wirklich weiß, was der Begriff «Bildungsreform» eigentlich bedeutet, was heute die Ziele der ökonomistischen Erneuerung unseres Bildungssystems sind. Petrilli versucht, uns dies zu erklären.



Michael Petrilli,
Bildungsreformer und

Präsident des Thomas
B. Fordham Institut:
Die Agenda hat sich
verschoben.

Er argumentiert, dass sich die Agenda verschoben habe (eine höfliche Umschreibung für "wir verschieben ständig die Zielpfosten"), und zwar von der Konzentration auf Daten und das Erreichen von guten Ergebnissen bei staatlichen Tests (etwa im Rahmen von NCLB) bis hin zu dem Versuch, einzelne Lehrer in die Verantwortung zu nehmen, eine Absicht, zu der sich Petrilli ziemlich offen bekennt:

In den frühen 2010er Jahren ging es vor allem darum, einzelne Lehrer durch testgestützte Lehrerbewertungen zur Verantwortung zu ziehen. Die unbeholfene Umsetzung und die giftige Politik haben dazu geführt, dass wir diese fehlgeleitete Reform hinter uns gelassen haben.

Dies ist natürlich eine «Pontius-Pilatus_Aussage, die unterschlägt, dass zahlreiche Lehrpersonen in vielen Bundesstaaten noch immer die schwerwiegenden Auswirkungen dieser Politik spüren. Eines der ärgerlichsten Merkmale der Bildungsreformen ist jedoch, dass sie sich nie um sich selbst kümmern; sie verwenden nie so viel Energie darauf, ihre Fehler ungeschehen zu machen, wie darauf, sie überhaupt erst zu machen. Stellen Sie sich eine Welt vor, in der diese cleveren Panzerknacker zum Telefon greifen, ihre Kunden anrufen und sie beschwören: "Hören Sie, diese Sache, zu der wir Sie überredet haben, ist gescheitert, brecht die Übung ab." Stellen Sie sich vor, Bill Gates würde das gleiche Geld in die Beseitigung seiner politischen Fehler stecken, das er in die Förderung dieser Fehler investiert.

Wie dem auch sei, Petrilli listet einige andere neue politische Schwerpunkte auf, wie z. B. Die Entwicklung und Bereitstellung hochwertigen Unterrichtsmaterials. Und er stellt treffend fest, dass die neue Unterstützung für eine bessere Schulfinanzierung zusammenfällt mit der Erkenntnis der Reformer, dass vor allem die bessere Finanzierung der Schulen, also Direktinvestitionen, die Ergebnisse der Schüler verbessert.

Wahlfreiheit der Eltern? Er beklagt nun plötzlich, dass immer noch Steuergelder immer noch zur Finanzierung privater und religiöser Schulen fließen, auch an

solche Institutionen, die diskriminieren. Auf diese Erkenntnis hat man lange warten müssen

Die Reformer um Petrilli glauben immer noch an den Wert des großen standardisierten Tests, ein Punkt, in dem sie entschieden und absolut falsch liegen.

Tests und Transparenz? Die Reformer um Petrilli glauben immer noch an den Wert des großen standardisierten Tests, ein Punkt, in dem sie entschieden und absolut falsch liegen, obwohl sie neuerdings scheinbar auch an alternativen Bewertungen interessiert sind - aber das hängt immer noch mit der Besessenheit an Testergebnissen zusammen. Petrilli schreibt: "Wie würden sich die Bewertungen unterscheiden? Wenn Schulen bei "alternativen Maßnahmen" gut abschneiden, aber nicht bei den herkömmlichen Testergebnissen, was dann? Sollten wir solche Schulen überhaupt als "gut" einstufen?" Ich kann dir helfen, Mike - die Antwort ist "Ja".

Dies ist ein implizites Eingeständnis, dass all die praxisfremden politischen Interventionen der letzten Jahre gescheitert sind.

Petrilli ist der Meinung, dass der neue Schwerpunkt der Reform darin bestehen müsse, von der Politik zu verlangen, endlich die Stimmen aus der Praxis zu hören. Dies ist ein implizites Eingeständnis, dass all die praxisfremden politischen Interventionen der letzten Jahre gescheitert sind. Weder Charters, noch Gutscheine, noch die Bewertung von Lehrern waren erfolgreich. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass die Reformer realistischer und praxisnaher werden. Aber wie können sie das tun, wenn so wenige Reformer jemals Lehrer waren?

Es ist ein altes Dilemma, dass die Reformer eigentlich mit guten Absichten dabei sind, die Ziele der Neoliberalen, der Rechten und der Privatisierer zu verwirklichen.



Homo insipiens von Erdmann.

Die Reformer wie Petrilli wiesen in der Vergangenheit immer mit Stolz daraufhin, dass ihre Ferne vom Unterricht, gepaart mit ihrer wissenschaftlichen Kompetenz, sie viel mehr dazu prädestinierte, den Lehrkräften unseres Landes zu erklären, wie Unterricht gehen muss. Sie haben angesichts der desaströsen Resultate jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

Es ist ein altes Dilemma, dass die Reformer eigentlich mit guten Absichten dabei sind, die Ziele der Neoliberalen, der Rechten und der Privatisierer zu verwirklichen.

Die gute Nachricht in Petrillis Artikel ist immerhin, dass der "Washingtoner Konsens" tot ist. Die Demokraten - mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen wie Cory Booker und Michael Bennett aus Colorado - unterstützen die Angriffe auf die öffentlichen Schulen und die Lehrkräfte nicht mehr, sie entfernen sich langsam von der Idee der Charter Schools und lehnen Bildungsgutscheine entschieden ab.

Da sind zumindest kleine Hoffnungsschimmer.

Peter Greene

1 Der Washington-Konsens oder Konsens von Washington (englisch Washington Consensus) ist ein Wirtschaftsprogramm, das lange Zeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank propagiert und gefördert wurde. Es enthält ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollten und als Handlungsanweisungen angesehen werden. Und es verlangte auch mehr

Wettbewerb in der Bildung.